

Bezugspreis

In der Halle vierteljährlich 2,50 M., bei
pünktlicher Bezahlung 2,15 M., durch
die Post 3 M., monatlich 2 M.,
einmonatlich 1 M., ohne Bestellgeld.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Nr. 5382 des aml. Zeit.-Verz.
Für die Redaktion verantwortlich:
Fermann Jordan in Halle.
Herausgeber: Verlags-Verlag, Magdeburg i. C.
Anst.-Nr. 176.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung.

Anzeigen

weder die Spalte oder deren Raum
mit 20 Fig., solche aus Halle mit
15 Fig. berechnet und in der Expedition
von untern Annahmestellen und allen
Kommunen-Expeditionen angenommen.
Bestanden die Zeile 60 Fig.

Er erscheint zweimal täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und Feiertage.
(Der Nachdruck unserer eigenen Artikel ist
nicht gestattet.)

Sechundbrunnenjahrsgang.

Nr. 539.

Halle a. d. Saale, Donnerstag den 17. November

1892.

Die Vermögenssteuer.

Jeder sollte fernem nach seinem Vermögen, das ist ein
Satz, den man in der Finanzliteratur häufig genug gehört
hat. Allein jeder hat sich bei diesen Worten etwas Anderes
denken können. Denn was ist Vermögen? Der eine versteht
daranunter den Besitz, der andere die Vermögensfähigkeit, und
gerade die deutsche Sprache hat dem Worte einen doppelten
Sinn beigelegt. Allein allmählich hat die Wissenschaft der Ver-
mögenssteuer die bestimmte Bedeutung gegeben, daß sie eine
Steuer nicht sowohl von der Vermögensfähigkeit als von dem
materiellen Eigentum des Steuerpflichtigen sei.

Im einzelnen freilich sind der Streitfragen eine Fülle
geblieben. Haben doch einzelne Lehrer der Finanzwissenschaft
gefordert, daß alle Vermögen auch das Talent und die Arbeits-
kraft angefaßt werden, daß also die wirtschaftliche Bedeutung
dieser Kräfte kapitalisiert und von dieser kapitalisierten
Summe dann wiederum ein bestimmter Prozentsatz als Steuer
erhalten werde. So weit geht naturgemäß der Vorschlag des
Finanzministers Miquel nicht. Denn es ist einer der
wichtigsten Gründe zu Gunsten seiner Reform, daß sie gerade
die gerechte Untercheidung des fundierten und unfundierten
Einkommens durchführe. Freilich trifft dieser Grund nichts weniger
als auf den ganzen Gegenstand zu, wie denn überhaupt
zwischen den theoretischen Ausführungen und den praktischen
Vorschlägen des Finanzministers eine nur zu tiefe Kluft gähnt.
Da steht in der Quersicht über die Steuerreform auf
Seite 36 verläufig:

„Der Besteuerung unterliegt unter Ausschluss des Mobilars
nur das nach seiner Natur zur Produktion bestimmte
Vermögen, insbesondere also Grundbesitz, gewerbliches Anlage-
und Betriebskapital und sonstiges Kapitalvermögen.“

Vermögen also, das seiner Natur nach nicht zur Produktion
bestimmt ist, soll von der Erbschaftsteuer nicht getroffen
werden. Man aber braucht man nur den Gegenstand über
die Erbschaftsteuer anzusehen, und da findet man, daß
Vermögen befreit werden soll, an dessen produktive Ver-
wendung gar nicht zu denken ist. Es soll nicht davon geredet
werden, daß große Parkanlagen von Man garten gleich
anderen Grundbesitz befreit werden. Denn gerade in diesem
Falle würden wir vom praktischen Standpunkte gegen die
Besteuerung nichts einzuwenden haben, obwohl sie von theoretis-
chen Standpunkte, den der Finanzminister selbst vertritt, ent-
schieden anfechtbar wäre. Wie aber ist es zu rechtfertigen,
daß die Lebenserhaltungsmittel-Polizei ebenfalls der
Vermögenssteuer unterworfen werden sollen? Kann etwa Herr
Miquel behaupten, daß die Prämien die gewährt
werden, um den Hinterlassenen ein erträgliches Aus-
kommen oder wenigstens einen Nachlass zu sichern,
zur Produktion bestimmtes Kapital seien? Gewiss ist es
eine bekannte Tatsache, daß namentlich keine Karte auf
dem Lande, Bauern, Handwerker eine gewisse Scheu
vor der Anlage ihrer Ersparnisse in Wertpapieren haben.
Man erzählt noch immer mit Humor, daß man die Leute die
harten Thalerstücke oder Goldstücke in Strampfen sammeln
und verbergen. Niemand wird behaupten, daß das also juristi-
sche Kapital zur Produktion bestimmt sei. Im Gegenteile,
es liegt vollkommen klar, dennoch wird es von dem Finanz-
minister der Vermögenssteuer unterworfen. So giebt es in
seinen Vorklagen eine recht erkennbare Kluft zwischen
Theorie und Praxis und leider nicht nur an dieser einen
Stelle.

Seit Lord Wellington in seiner Gemäldergalerie eine
Baukarte von 100,000 Pfund unter das Wappenstein hängen
koll, wird vielfach die Bekämpfung des Vermögens gefordert,
um derartigen Verschwendung den Anreiz gebührend entgegen-
zusetzen. Erreicht freilich wird in solchen Fällen mit einer
Vermögenssteuer von einem Halben vom Tausend herzlich wenig.
Denn was hätte der Herzog von Wellington für das Ver-
mögen jener Ausstellung bezahlt? Fünfzig Pfund jährlich, und
das hätte ihn von seiner Würde förmlich gezwungen. Allein nach
der Vorlage des Finanzministers Miquel hätte er zwar auch diese
Summe bezahlen müssen. Denn daeres Geld und Baukosten sollen
als Kapitalvermögen versteuert werden. Wenn er dagegen die
Karte in Goldbarren verwandelt hätte, wenn er sich beispiels-
weise eine wunderschöne majestätische Goldkette in die Galerie
gestellt hätte, so brauchte er nach der Vorlage davon keine
Vermögenssteuer zahlen, denn das ist ausdrücklich einer
Schmuckgegenstand und soll steuerfrei bleiben. Wo hier die
Konsequenz bleibt, das wird man dem Finanzminister gerade
fragen. Konsequenz aber ist bei der Vermögenssteuer, wie sie
im allgemeinen gedacht wird, überhaupt nicht durchzuführen.
Und deshalb hat ein Pfeiffer in seinem Werke über die
Staatsrenten sagen können: „Neben seine Abgabe ist von
den Nationalökonomien so unheimlich der Stab gebrochen
werden als über die Vermögenssteuer.“

So vollständig stimmen wir mit Pfeiffer indessen nicht
überein, daß wir nicht der Vermögenssteuer einen Vorzug vor
vielen andern Steuern geben. Wenn uns nur die Wahl bleibt
zwischen einer Steuer auf notwendige Lebensbedürfnisse und
einer Vermögenssteuer, so entscheiden wir uns unbedingt für
letztere. Und wenn man uns nachweist, daß eine geringere
Befreiung des unfundierten Einkommens gegenüber dem
fundierten plattbühnen nicht durchführbar sei als durch
die Vermögenssteuer, dann werden wir ebenfalls das Wort
bringen und dem Vorschlage zustimmen. Einzuweichen
indessen halten wir an der Auffassung fest, daß sich die
Unterscheidung des Einkommens der Einkommensteuer selbst
vollständig durchführen lasse. Das doch Italien längst
dieser Unterscheidung zur Wahrheit gemacht und wird doch in
andern Staaten ebenfalls das unfundierte Einkommen weniger
bestrafte als das fundierte, ohne daß man dort zu der Analyse
der Vermögenssteuer gezwungen hätte. Wie die Verhältnisse in

Preußen liegen, ist die Vermögenssteuer ein Mittel zur Plus-
macherei, nicht aber zur hinreichenden Entlastung des un-
fundierten Einkommens. Denn das ist unseres Ermeßens der
schwächste Punkt der ganzen Vorlage, daß sie alles Vermögen
gleichwertig betrachte. Wenn ein Mann, der gar nicht in
Deutschland wohnt, sondern in Brasilien oder in Paris oder in
Nizza die Pachtsumme verzehret, die ihm sein Grundbesitz ein-
bringt, und wenn nach der ganzen ökonomischen Entwicklung
dieser Grundbesitz sich von Jahr zu Jahr sowohl
den Umsätze als der Ertragskraft nach mehrt,
so unterliegt billig dieses Vermögen einer höheren Steuer als
das Vermögen, das in einem Gewerbebetriebe, in einer Buch-
druckerei, in einer Brauerei angelegt ist, da hier das Ver-
mögen in den meisten Fällen nicht nur nicht sicher fundiert,
sondern erst durch die persönliche Thätigkeit des Geschäfts-
leiters und seiner Mitarbeiter rentabel ist und andererseits
schwindet. Das in Gewerbebetriebe angelegte Kapital mit
dem in Grundbesitz oder ertragsfähigen Wertpapieren ange-
legte Kapital vor der Vermögenssteuer gleichzustellen, das ist
eine Ungerechtigkeit und ein Dolch auf die sozialpolitischen Aus-
sichtungen des Finanzministers.

Als einen nur durch den dringenden Zwang der Verhält-
nisse gerechtfertigten Eingriff in die Privatverhältnisse des
Bürgers muß man auch das Verlangen betrachten, der Dring-
lichkeit volle Rücksicht über sein Vermögen abzulegen. Schon
die Deklarationspflicht bei dem Einkommen ist überaus lästig,
aber sie ist für eine gerechte Verzahnung von der Einkommen-
steuer nicht zu entbehren. Noch empfindlicher für den Bürger
ist die Nachforschung nach seinem Vermögen. Wer glaubt sich
dem irgend einem Menschen gegenüber verpflichtet anzugeben,
wie er in einzelnen sein Einkommen verwendet und wie viel
er davon zurücklegt? Wenn man der Veranlagungs-Kom-
mission über das Vermögen volle Auskunft geben muß, wenn
man sich Prozessen und Strafen wegen unrichtiger Angaben
oder auch nur unrichtiger Schätzungen häufig sehr zweifel-
hafter Vermögenswerte aussetzt, wenn das Vermögenskataster
Dingeften vor dem Kommissar zugänglich ist, dann kann von einer
sicheren Geheimhaltung nicht die Rede sein. Solche
Maßnahmen sind gerechtfertigt zur Vermeidung noch schärferer
unserer Hebel. So lautet die Veranlagung nicht vorliegend, so lange namentlich
eine gerechtere Besteuerung der einzelnen Einkommensquellen auch
ohne Vermögenssteuer durchführbar ist, so lange ist dieses
Projekt in hohem Maße bedenklich und sicherlich abgelehnt, wenn
nicht die überrichten Zwänge durch Abhebung der Staats-
lichen Grundsteuer die ganze Rechte in das Lager des Herrn
Miquel hinüberziehen. Die reaktionäre Partei wird die
Finanz-Reform des Herrn Miquel entschieden bekämpfen und
ganz besonders die Vermögenssteuer. Das Centrum will
im großen und ganzen einen wohlwollenden Standpunkt ein-
nehmen, aber die Reform des Wahlrechts in den Vorder-
grund stellen; nur wenn das Wahlrecht rechtzeitig einge-
führt und die Interessen befriedigt, deren Berücksichtigung
das Centrum verlange, sei eine befriedigende Lösung der Steuer-
reform zu erwarten. Die Stellung der freikonservativen
Partei wird als noch unentschieden und stiller bezeichnet. Die
Nationalliberalen wollen die Vermögenssteuer, die sie
verworfen sei, durch eine Erbschaftsteuer ersetzt wissen, wie eine
solche vor zwei Jahren von Miquel selbst beantragt ward.
Wir selbst haben geglaubt erzählt, daß wir bei der Vermögens-
steuer nicht grundförmlich, wohl aber angebrachtstermaßen ver-
bessern. Soll sie einmal in ein Steuerreform aufgenommen
werden, dann muß dieses anders beschaffen sein als dasjenige
des Herrn Miquel, dessen Vorlesung in hervorragender Weise
den Großgrundbesitzern zuzufallen.

Deutsches Reich.

Berlin, 16. Nov. S. M. der Kaiser traf in der vergangenen
Nacht um 12 Uhr 20 Min. mit Sonderzug aus Bismarckode auf
die Bildungsstation ein. Heute vormittag 10 Uhr hatte der Mo-
narch eine Unterredung mit dem Staatsminister Dr. v. Bötticher
und nahm hierauf den Vortrag des Oberst des Groß-Kommis-
entgegen. — Die Kaiserin empfing gestern Nachmittag den
Vorsitzer des Reichsrath-Landtags von Sachsen-Maria. Nach
der Audienz fuhr der Hofstaat in der Equipage beim Erz-
prinzenlichen Paare von Hohenzollern in Potsdam vor und wurde
dann von dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich Leopold
auf Sachselberg empfangen. Am Abend empfing die
Kaiserin den Besuch des Herzogs Ernst Günther, welcher auch
zur Abendstunde im Neuen Palais verblieb. — Großfürst Wladimir
von Rußland traf, dem Vernehmen nach, morgen abend
auf der Rückreise nach Wladimir nach Potsdam im Neuen Palais
ein, um an nächsten Tage dem Kaiser zur Bekrönung an den
großen Festtagen nach der Gabelde in Hannover zu begleiten. —
Die Prinzessin Friedrich Karl wird am 20. d. Berlin wieder
verlassen und sich zu mehrtägigem Besuche an den herzöglichen
Hof nach Plessen begeben.

Auf Grund guter Informationen wurde am letzten Montag
an dieser Stelle berichtet, daß die drei nächst Preußen größten
Bundesstaaten der Militärvorlage des Grafen Caprivi
ihre Zustimmung erteilt haben. Dem Königreiche
Sachsen wird dies nun nachträglich noch besonders hervor-
gehoben: in einer Erklärung des amtlichen „Dresden. Journ.“
werden die Mitteilungen, daß in Sachsen der zu er-
wartenden Militärvorlage von maßgebender Stelle keinerlei
Sympathien entgegengebracht würden, als „jeder Ver-
gründung entbehrend“ bezeichnet.

In Berlin weilt gegenwärtig der bayerische Finanzminister
Herr v. Kriebel. Diese Anwesenheit hängt nach einer halb-
amtlichen Mitteilung mit der Fertigstellung der Finanz-
Vorlagen zur Deutung der aus der Militärvorlage er-
wartenden Mischposten zusammen. Jetzt seien diese Vorlagen

bereits fertig gestellt und sie würden wohl im Laufe der näch-
sten Woche an den Bundesrat gelangen.

Nach dem Gehe über die Unterführungen der Familien
den zu Friedensübungen eintretenden Mannschaften
das Reich die Kosten erstatten, die den Versicherungsvor-
bänden der einzelnen Bundesstaaten erwachsen. Zu diesem
Zwecke wird in den nächstjährigen Etat zum ersten mal eine
Summe, und zwar in der Höhe von zwei Millionen eingestellt
werden.

Zu der geschäftlichen Behandlung der Steuer-Vorlagen
im Abgeordneten-Ausschuss ist die „Nat. Corr.“ es über-
wiegen unter den maßgebenden Fraktionen die Ansicht, daß
eine einzige Kommission eingesetzt werden solle, die dann für
einzelne Teile Unterkommissionen ernannt werde. Von
freisinniger Seite werden durchgängige Beratung im Plenum
gewünscht mit Vorbehalt der Berufung einzelner Parteien
an besondere Kommissionen; doch habe dieier Vorbehalt „keine
Auswirkung“. Als Einleitung zur Generat-
behandlung werde ein Vortrag des Finanzministers Miquel
erwartet.

Das Landes-Oekonomie-Kollegium fertigte gestern
mit 15 gegen 8 Stimmen folgenden Beschlusse: „Es ist dringend
wünschenswert, daß auf dem Wege der Uebereinkunft ermög-
licht werde, den landwirtschaftlichen Centralvereinen
auf Antrag eine Organisation und Zuständigkeit ähnlich
denjenigen der Handelskammern zu verleihen.“

Eine ganz besonders wunderbare Entscheidung hat die
Kaiserliche Oberpostdirektion in Berlin gegenüber der
Petition eines freisinnigen Angehörigen getroffen. Ein
Buchdruckermeister, in dessen Verlage eine ganze Anzahl
Folgezeitungen erscheint, hat sich an die obige Behörde mit
der Bitte gewandt, die einzelnen Nummern seiner Journale unter
den entsprechenden Buchstaben des Fernsprech-Apparates mit
einem Hinweis auf den Namen des Verlegers eintragen lassen
zu dürfen. Es handelt sich dabei um insgesamt sechs Zeit-
schriften, und Herr Müller beharrt davor, 400 M. jährlich
bezahlen! Die Oberpostdirektion schreibt in ihrer Ent-
scheidung wie folgt:

„Ein Wohlgeborener stellt ergebenst mit, daß die Eintragung
eines fernsprech-Anschlusses an ein Häußchen nur an einer
Stelle des Verzeichnisses erfolgt und daß es nur in dem
Falle, in welchem der Name des Inhabers einer Fernsprech-
stelle von seiner landesgerichtlichen Eintragung abweicht, statth-
haft ist, einen entsprechenden Hinweis an anderer Stelle folgen-
der anzuführen. Sofern dagegen die Aufnahme weiterer
zeitlicher Eintragungen bezug nehmen gewünscht wird, ist
für die Befreiung an einer Stadt-Bezirksverwaltung
festgesetzte Gebühr von mindestens 100 M. zu entrichten.
Hiervon würde ablassen auf Wunsch die Auffstellung je eines
weiteren Apparates ohne Erhebung weiterer Kosten erfolgen.
Die Gebühr ermäßigt sich jedoch nicht, wenn die von der
Auffstellung weitere Apparate ablassen sollten, und dieselbe
muß auch dann erhoben werden, wenn der Inhaber der
verschiedenen Eintragungen bezug nehmen ein und die-
selbe Person ist. Die Kaiserliche Oberpostdirektion.
(gez.) Hundt.“

Die Reichs-Retterin von den Kultusminister wegen
Erhaltung des britten Reichsgymnasium, hat, wie der
„M. Oest. Anz.“ mitteilt, in den Tagen vom 7. bis 11. d.
bereits mehr als 450 Unterchriften erhalten. — In Königs-
berg i. Pr. soll das dortige Plebanatium Ditem 1893 in die
Ober-Rechtskreise umgewandelt werden.

Der Reichsanwalt Gustav Hofmann in Leipzig,
bekannt als Verteidiger aus vielen Sozialistengeschieden, war wegen
weiliger Verleitung von Behörden zu Geld- und Gefängnisstrafen
verurteilt worden. Namentlich hat der Genannte infolge dieses seines
Verurteilung eine große Anzahl von Firmen gewünscht, in
Dresden eine disziplinarische Strafe, nämlich einen Beweis und
3000 M. Geldstrafe erhalten. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen
die Ausschließung von der Rechtsanwaltschaft beantragt. Rechts-
anwalt Hofmann gegen sich bei diesem Urtheile nicht zu be-
kennen, sondern den Ehren-Gehalt als Richtergericht als
letzte Instanz entscheiden zu lassen.

Einer weiteren Meldung aus Strichberg zufolge ist der
satopische Pfarrrer Zehel nach Aussage eines Kanton aus der
Hoff entlassen worden. Eine Frau seiner Gemeinde
hatte behauptet, er habe sich in einer von der Kanzel herab ge-
haltenen Rede der Reichs-Verleitung schuldig gemacht. Der
Pfarrrer belange die Frau gerichtlich und diese wurde infolge der
von den Behörden beschworenen Aussage, daß deren Behauptung
an Erklärung beruhe, vom Schöffengericht verurteilt. Die Frau
trat, jedoch mehrere andere Gemeindeglieder an, welche die
Wahrheitsbezeugung in der Sache gleichfalls bezeugen
wollten. Gegen den Pfarrrer wurde gerichtliche Anzeige erlassen,
die keine Verhaftung und Uebereinkunft nach Strichberg zur Folge
hatte.

Berlin, 16. Nov. S. M. Schiffsingenieur-Schiffbau „Rige“,
Kommandant Kapitän zur See Kriebel, ist am 15. d. in Sardinien
entgegen und beabsichtigt am 9. Jan. 1893 nach Alexandria
in See zu gehen.

Dritter sozialdemokratischer Parteitag.

(Bericht der „Saale-Zeitung“.)

III.

Berlin, 16. Nov.

Vormittags-Sitzung.
Abgeordneter Siner eröffnet die Vormittags-Sitzung mit der
Berichterstattung über den Bericht des Reichs-Verwaltungsausschusses.
Es wird dann in die Tagesordnung eingetreten.

Rechts-Oekonomie-Vertrag wird heute in den Händen der
Landtaglution dem Reichsausschuss übergeben. Man solle vorläufig
sein in der Annahme der Parteigenossen aus den Händen, daß

Oesterreich-Ungarn. Wien, 16. Nov. Der König von Rumänien empfangt heute vormittag den deutschen Kaiser...

Wien, 16. Nov. Im Abgeordnetenrathe erklärte im seiner Verantwortung der Interpellation des Abgeordneten von Pleier über die Freispredung des Tischlergesellen Soja in Prag der Justizminister:

Dieser ungesetzliche bedauerliche einzelne Fall gebe noch keinen Anlaß zu Ausnahme-Bestimmungen. Diese würden in Ermüdung gezogen werden, wenn Fälle vorkommen sollten, die die Verletzung einer allgemeinlich nicht objektiven Rechtsprechung der Gerichtsbehörden nachzuweisen geeignet wären.

Hierauf wurde der Antrag des Abgeordneten Kueger, das Hans würde über die Interpellation des Grafen Johann Graf von Gattlich auf die Interpellation des Grafen Johann Graf von Gattlich in der Debatte über das Budget für 1893/94 eröfnet.

Frankreich. Paris, 16. Nov. Mehrere Gruppen der Deputiertenkammer traten vor Beginn der heutigen Sitzung zu Fraktionen-Verhandlungen zusammen.

Der Beginn der Sitzung zeigte sich die Gallien in der Deputiertenkammer überfüllt. Als erster Redner bespricht der Deputierte Laguerre (radikal) den Gegenstand auf als „unmündig und gefährlich.“ (Beifall auf der äußersten Linken.)

Der Berichterstatter Kajzerer weist auf die Wichtigkeit hinzu, die in dem gegenwärtigen Freizeige vorhanden sind auszufüllen. (Vereinzelter Beifall im Centrum.)

Der Mann (Rechte) führt aus, daß die gegenwärtige Lage das Resultat der antirepublikanischen Erziehung sei, welche der Bevölkerung gegeben wurde. (Beifall auf der Rechten, Widerspruch auf der Linken.)

Der Ministerpräsident Coubet bespricht die Wunde gegenüber, daß die Regierung den offiziellen Atheismus predige und daß religiöse Gesetze zu verstoßen sind; die Republik unterdrücke die Religion.

Paris, 16. Nov. Die Budget-Kommission in der Kammer beschloß heute vormittag den Gegenstand betreffend die Steuern der Getränkesteuer. Der Generalberichterstatter für das Budget, Poincaré, erklärte, daß er das von Turlet eingetragene Amendement ablehnen müsse und daher seine Demission als Generalberichterstatter abgab.

Paris, 16. Nov. Die Arbeiterkammern, die über die Angelegenheiten in der Panama-Angelegenheit verhandeln, sind nicht übereinstimmend. Mehrfach wird behauptet, die Angelegenheit werde nur gewisse Unregelmäßigkeiten von dem letzten Emmissionsvertrage betreffen, bezüglich sonstiger Vergehen würden die flagrantesten Verbrechen den Weg des Emmissionsprozesses betreten müssen.

London, 16. Nov. Der Polizeigerichtshof von Bow Street, dem der Anwalt Francis heute wieder vorgeführt wurde, hat nach längerem Verhöre das Anklageurtheil gegen die französische Regierung genehmigt. François hat gegen dieses Urtheil Berufung eingelegt.

New York, 16. Nov. Der Einwanderungs-Kommission hat gestern angeordnet, keinen Einwanderer durchzulassen, welcher nicht mit einer Eifenbahnfahrkarte, einem Geldspäße und 10 Dollars Geld versehen ist. Infolge dessen wurden gestern 200 Einwanderer nach der Kontrollstation auf Ellis Island gebracht.

New York, 16. Nov. Der ehemalige Geschäftsführer von B. J. Foxer aus Guben zu drei Jahren Zuchthaus wegen verurtheilten Todschlags. Er hatte, wie J. gemeldet, am 24. Aug. d. J. im Park in Sanssouci auf seine Braut, die er in Guben, an deren Tische er zuweilen, ohne ihr Verbot, auch des Abendessens wüßig gebraut wurde.

Bayreuth, 16. Nov. Der ehemalige Geschäftsführer von B. J. Foxer aus Guben zu drei Jahren Zuchthaus wegen verurtheilten Todschlags. Er hatte, wie J. gemeldet, am 24. Aug. d. J. im Park in Sanssouci auf seine Braut, die er in Guben, an deren Tische er zuweilen, ohne ihr Verbot, auch des Abendessens wüßig gebraut wurde.

Bayreuth, 16. Nov. Der ehemalige Geschäftsführer von B. J. Foxer aus Guben zu drei Jahren Zuchthaus wegen verurtheilten Todschlags. Er hatte, wie J. gemeldet, am 24. Aug. d. J. im Park in Sanssouci auf seine Braut, die er in Guben, an deren Tische er zuweilen, ohne ihr Verbot, auch des Abendessens wüßig gebraut wurde.

Bayreuth, 16. Nov. Der ehemalige Geschäftsführer von B. J. Foxer aus Guben zu drei Jahren Zuchthaus wegen verurtheilten Todschlags. Er hatte, wie J. gemeldet, am 24. Aug. d. J. im Park in Sanssouci auf seine Braut, die er in Guben, an deren Tische er zuweilen, ohne ihr Verbot, auch des Abendessens wüßig gebraut wurde.

Bayreuth, 16. Nov. Der ehemalige Geschäftsführer von B. J. Foxer aus Guben zu drei Jahren Zuchthaus wegen verurtheilten Todschlags. Er hatte, wie J. gemeldet, am 24. Aug. d. J. im Park in Sanssouci auf seine Braut, die er in Guben, an deren Tische er zuweilen, ohne ihr Verbot, auch des Abendessens wüßig gebraut wurde.

Bayreuth, 16. Nov. Der ehemalige Geschäftsführer von B. J. Foxer aus Guben zu drei Jahren Zuchthaus wegen verurtheilten Todschlags. Er hatte, wie J. gemeldet, am 24. Aug. d. J. im Park in Sanssouci auf seine Braut, die er in Guben, an deren Tische er zuweilen, ohne ihr Verbot, auch des Abendessens wüßig gebraut wurde.

Bayreuth, 16. Nov. Der ehemalige Geschäftsführer von B. J. Foxer aus Guben zu drei Jahren Zuchthaus wegen verurtheilten Todschlags. Er hatte, wie J. gemeldet, am 24. Aug. d. J. im Park in Sanssouci auf seine Braut, die er in Guben, an deren Tische er zuweilen, ohne ihr Verbot, auch des Abendessens wüßig gebraut wurde.

Bayreuth, 16. Nov. Der ehemalige Geschäftsführer von B. J. Foxer aus Guben zu drei Jahren Zuchthaus wegen verurtheilten Todschlags. Er hatte, wie J. gemeldet, am 24. Aug. d. J. im Park in Sanssouci auf seine Braut, die er in Guben, an deren Tische er zuweilen, ohne ihr Verbot, auch des Abendessens wüßig gebraut wurde.

Bayreuth, 16. Nov. Der ehemalige Geschäftsführer von B. J. Foxer aus Guben zu drei Jahren Zuchthaus wegen verurtheilten Todschlags. Er hatte, wie J. gemeldet, am 24. Aug. d. J. im Park in Sanssouci auf seine Braut, die er in Guben, an deren Tische er zuweilen, ohne ihr Verbot, auch des Abendessens wüßig gebraut wurde.

leit der Reichstagsfraktion überhandnehmen erklärt und der Fraktion aus für die Zukunft Vertreten ausführt. - Folger empfindet die Fraktion, der Förderung des Wohlstandes erheben Nachdruck zu verleihen. Er wendet sich gegen den Beschluß Lützmanns in einer Rede, welche sich für die Wohlstand von andern Parteien zu unterstützen, welche sich für die Wohlstand zu erklären. Das würde der Idee der Sozialdemokratie schaden.

Nachmittags-Sitzung. Den jüngsten Reichstag am morgigen Donnerstag wird der Vorlesung beginnen, um einer Einladung der hiesigen gesellschaftlichen „Deutschen Hofgesellschaft“ zur Beschäftigung des Gesellschaften zu folgen.

Den 14. November wieder mehrere Anträge eingingen: Ein von hiesigen Delegierten unterzeichneter Antrag verlangt, daß der Reichstag die Reichstagsfraktion beauftragt, in Reichstag einen Antrag einzubringen, dahingehend, die Einführung der gewerblichen Schlichter für die Gemeinden obligatorisch zu machen. - Ein anderer Antrag verlangt, daß der Reichstag zu erheben gegenüber der Abweisung der organisierten Arbeiter der Firma Krupp. - Eine Anzahl weiterer Delegierten, Bogner und Genossen, haben folgende Resolution eingebracht:

„Der Reichstag erklärt sich mit der bisherigen parlamentarischen Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einverstanden und erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.“

Darauf wird in der Debatte über den Bericht der Reichstagsfraktion über ihre parlamentarische Tätigkeit folgende Resolution angenommen: „Der Reichstag erklärt sich mit der bisherigen parlamentarischen Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einverstanden und erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.“

Reichstagsabg. Auer wendet sich gegen die verschiedenen Anträge, welche Vorläufe für die künftige Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu machen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Reichstagsabg. Auer wendet sich gegen die verschiedenen Anträge, welche Vorläufe für die künftige Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu machen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Reichstagsabg. Auer wendet sich gegen die verschiedenen Anträge, welche Vorläufe für die künftige Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu machen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Reichstagsabg. Auer wendet sich gegen die verschiedenen Anträge, welche Vorläufe für die künftige Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu machen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Reichstagsabg. Auer wendet sich gegen die verschiedenen Anträge, welche Vorläufe für die künftige Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu machen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Reichstagsabg. Auer wendet sich gegen die verschiedenen Anträge, welche Vorläufe für die künftige Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu machen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Reichstagsabg. Auer wendet sich gegen die verschiedenen Anträge, welche Vorläufe für die künftige Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu machen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Reichstagsabg. Auer wendet sich gegen die verschiedenen Anträge, welche Vorläufe für die künftige Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu machen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Reichstagsabg. Auer wendet sich gegen die verschiedenen Anträge, welche Vorläufe für die künftige Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu machen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Reichstagsabg. Auer wendet sich gegen die verschiedenen Anträge, welche Vorläufe für die künftige Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu machen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Reichstagsabg. Auer wendet sich gegen die verschiedenen Anträge, welche Vorläufe für die künftige Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu machen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Reichstagsabg. Auer wendet sich gegen die verschiedenen Anträge, welche Vorläufe für die künftige Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu machen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Reichstagsabg. Auer wendet sich gegen die verschiedenen Anträge, welche Vorläufe für die künftige Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu machen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Reichstagsabg. Auer wendet sich gegen die verschiedenen Anträge, welche Vorläufe für die künftige Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu machen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Reichstagsabg. Auer wendet sich gegen die verschiedenen Anträge, welche Vorläufe für die künftige Tätigkeit der Reichstagsfraktion zu machen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Er erachtet als notwendig, eine parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

ländische Proletariat steht noch im Range der Elende und der sozialdemokratische Arbeiter soll die religiöse Gefühl der Leute nicht verlieren. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen. - Ein Antrag verlangt ein parlamentarische Vertretung der proletarischen Interessen.

Schäpfer, daß v. Weich der Verfall eines Artikels über die Auslieferung von ...

Utt. 15. November. Die Strafammer verhandelte dieser Tage gegen den ...

Provinzial-Nachrichten.

Essen, 16. Nov. (Orig.-Mitth.) Der Mangel einer gewerblichen ...

Essen, 16. Nov. (Orig.-Mitth.) In der Geschäftswelt der hiesigen ...

Wagberg, 16. Nov. (Orig.-Mitth.) Am Montag und Dienstag ...

Torgau, 16. Nov. (Orig.-Mitth.) In der am Sonnabend den 13. d. ...

Tangermünde, 16. Nov. (Orig.-Mitth.) Bei den gestrigen ...

Wagberg, 16. Nov. (Orig.-Mitth.) Am Beginn des Dezember ...

Wagberg, 16. Nov. (Orig.-Mitth.) Am Beginn des Dezember ...

Essen, 16. Nov. (Orig.-Mitth.) Gestern war der Fürst Reuß ...

Essen, 16. Nov. (Orig.-Mitth.) Hier hat gestern nach ...

Bermittlung.

Unser Kaiser besitzt ein sehr gutes Besinnungsgeheimnis, daß ...

Der Herr Graf von Sadow war bekanntlich verheiratet, der ...

Die Wittenbacher des Großfürsten. Aus Wien berichtet ...

Werkholzer's Tod. Während eines am Mittwoch stattgefundenen ...

Erdbeben. Ein telegraphischer Meldung aus Neu-Seeland ...

Moderne französische Gesellschaften. Ein hiesiger ...

Wagberg, 16. Nov. (Orig.-Mitth.) Am Beginn des Dezember ...

Wagberg, 16. Nov. (Orig.-Mitth.) Am Beginn des Dezember ...

Wagberg, 16. Nov. (Orig.-Mitth.) Am Beginn des Dezember ...

Wagberg, 16. Nov. (Orig.-Mitth.) Am Beginn des Dezember ...

Wagberg, 16. Nov. (Orig.-Mitth.) Am Beginn des Dezember ...

afrikanische Schutzgebiet gleichen sich mit 580,000 kmq. ...

Letzte Telegramme.

Hann, 16. Nov. Der „Osterbote Roman“ kündigt die ...

Hamburg, 17. Nov. In der gestrigen Sitzung der Bürger ...

Wien, 17. Nov. Der Sperrgeld-Kommission für die hiesige ...

Meteorologische Station in Halle.

Table with 3 columns: Instrument, 16. Nov. 9 U. ab., 17. Nov. 7 U. msp.

Handels- und Verkehrs-Nachrichten.

Der Aachener Hüttenverein ist geneigt, ausser dem bestehenden ...

Dividenden. Der Aufsichtsrath der Schloßbrauerei ...

Eisenbahn-Einnahmen. Wien, 16. Nov. Ausweis der ...

Wasserstände. (↑ bedeutet über, — unter Null)

Table with 4 columns: Name, Nov., Dez., Differenz

Moldau. In der Eger. Elbe.

Table with 4 columns: Name, Nov., Dez., Differenz

* Beobachtet nach amtl. Depeschen der kgl. Eisenbahn-Verwaltung.

Börse zu Halle am 17. November.

Preise mit Anschluss der Maklergebühr für 100 kg netto.

Kümmel, anschl. Sack, — M. Stärke, einschliesslich ...

Spiritus, 10,000 Liter-Proz., schwach, Kartoffel mit 50 M.

Kaffee.

Hamburg, 16. Nov. Kaffee fest, rubig, Umsatz 2000 Sack.

Hamburg, 16. Nov. (Nachmittags). Good average Santos per Dez.

Amsterdam, 16. Nov. Java-Kaffee good ordinary 57 1/2.

Amsterdam, 15. Nov. Die heute von der Niederländischen ...

Fernsprech-Nachrichten.

Berlin, 17. Nov., vorm. 7 1/2 Ubr.

Berlin, der „Post-Ztg.“ zufolge ist dem Bundesrathe ...

Table with 4 columns: Ballen, Zusammenstellung, Taxe, Abland.

Die nächste Auktion findet am Dienstag, 31. Jan. 1894, statt.

Verfälschte Seide

Man bestimme ein Mästerchen schwarzen Seidenstoff, den man laufen will, und etwaige Verfälschung tritt sofort zu Tage. Gähre rein getriebene Seide knüpft sofort zusammen, verliert bald und hinterläßt wenig Fäden von ganz hellbräunlicher Farbe. — Verfälschte Seide (die leicht streich wird und bricht) brennt langsam fort, namentlich glimmen die Sausfäden weiter, wenn sehr mit Zucker, Scherri, und hinterläßt eine brennende Asche, die sich im Gegebenen zur echten Seide nicht käuflich sondern krümmt. Verdächtigt man die Asche der echten Seide, so zerfällt sie, die der verfälschten nicht. Die **Seidenfabrik von G. Henneberg** (S. u. R. Postl.) Zürich verwendet gern Mäster von ihren echten Seidenstoffen an Jedermann und liefert einzelne Stöben und ganze Stände porto- und zollfrei ins Haus.

Fortsetzung des Ausverkaufs!

Wegen Eröffnung eines Fabrikationsgeschäftes im hiesigen Platz will ich mein Detailgeschäft vollständig in kurzer Zeit ausverkaufen, offerire folgende Artikel:

Wolle Jollyph. prima Qual. 2,00. Tricotailen, Corsets, Handschuhe, Strümpfe, Strickjacken, Jagdwesten, Normalhemden, Hosen, Barchendhemden für Männer, Frauen u. Kinder, weisse Hemden für Männer, Frauen u. Kinder, Oberhemden, Kragen, Manchetten, Shlipse, Tricotagen, Kinderkleider, Betttücher, Gardinen, Spitzen, Rischen, Schürzen u. v. a. M.

Jeder Käufer kann sich überzeugen, daß sämtliche Artikel im Preise bedeutend heruntergesetzt.

Gustav Blochert

Nannischestraße 3.

Laden-Einrichtung zu verkaufen.

Weingrosshandlung

Hauptgeschäft: Schmeerstraße 23.
Filiale: Magdeburgerstraße 1b.

gegründet im April 1883

Hauptgeschäft: Telephonstr. 225.
Filiale: Telephonstr. 350.

Gustav Spenner

Größtes und größtes Special-Geschäft am Plage in Weingross- und Sied-Weinen.

Größtes Lager in Rhein- und Moselweinen schon von 0,65 A die 1/2 Flasche. Bordeaux, italienischen und ungarischen Rothwein, von 0,75 A die 1/2 Flasche. Säfte Weingross- und Siedweine, von 1,40 A die 1/2 Flasche bis zu den allerseltenen Marken. Portwein, Madeira, Malaga, Marsala, Cahune, echten italienischen Wein, Wermuth de Torino. Säfte Starobitter und Weisener Ausbruch sind für Verschleißige und Blutarme die anerkanntesten und von Ärzten in vielen Fällen stets empfohlen. Echte französische Cognacs von der Firma: L. Tottard in Cognac. Feinste echte französische Pianerre. Echten hochfeinen Jamaica-Rum. Prima feinste Deutsche Buntweine und echt schwedischen Punsch, Feinsten Arac de Batavia und Arac de Goa. Deutsche Schaumweine, schon von 1,80 A die 1/2 Flasche.

General-Vertreter für Halle u. Umgebung der Sect.-Bereiche Chr. Ad. Kupferberg & Co. in Mainz, Hoflieferanten Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von Hessen und bei Rhein.

Zum Ausverkauf kommen in meinen Weinböden, Schmeerstraße 23, so auch Magdeburgerstraße 1b, der 1/2 Liter Weiswein mit 20 A, der 1/2 Liter Rothwein mit 30 A. Preislisten und Proben gratis und franco.

HALLESCHER
Malzweizen- und Gerstweizen-Fabrik
Krausenstraße 10, Franz Rudolph, Telephon 472

Smyrna-Teppiche,
Zustimmen, Rückentissen, Stublfanten, leichte angenehme Handarbeit, Material in reichster Auswahl.
C. Bartky, Charlottenstr. 13.

Calmbacher Exportbier
von
Christian Pertsch in Calmbach
empfiehlt
in bekannter feinsten Qualität in
Gebinden und Flaschen
E. Lehmer, Bülbergasse 2
an der Grossen Ulrichstrasse,
Fernsprecher Nr. 238.
NB. Preisliste zu meinen diversen Bieren ist in meinem Contor zu haben, auch auf Wunsch franco zugesandt.

Wegen Umzug Ausverkauf! Streng recht!
Neue Sophas, Matrasen, Bettstellen, Canapeen, Plüschgarnituren zu bedeutend herabgesetzten Preisen.
M. Seydewitz, Lager u. Decorateur, Wilhelmstr. 21.
Größtes Lager aller Arten
Böttcherwaren.
G. Zander, Gr. Klausstraße 12.
Beste Zinger-Jahnhühner, 3 Jahre Garantie, 14 tägliche Freizeidzeit, Versand nach allen Orten.
Nur 55 Mk.
M. Sierig, Verkauf über 350,000, N. Resch, S. u. R. Str. 2 I.

Renntierfelle verkaufen v. 1,10 92 bis zum 1,5 93 u. A 2,50 per Stück
Lager und Verkauf von **Russdecken** eigener Gerbung von 2,50 A an.
Gedr. Dargowitz, Halle, Fischerplan 2.

Weihnachts-Ziehung der Weimar-Lotterie.
Hauptgewinn im Werthe von 50,000 Mk.
Ziehung vom 10.—14. December er.
Berliner Ausstellungs-Lotterie
von Wohnungs-Einrichtungen, Ziehung 15. December er.
Hauptgewinn im Werthe von 30,000 Mk.
Ruhmeshallen-Lotterie in Görlitz.
Hauptgewinn im Werthe von 50,000 Mk.
Original-Loose à 1 Mk. zu obigen Lotterien empfehlen und verkaufen
J. Barck & Co., Gr. Ulrichstraße 4, I. und Steinbrecher & Jasper.
(Nach auswärtig je 30 A mehr für Liste und Porto).

REIN'S Documenten-Mappe

nur übersichtlichen Aufbewahrung von Werth-Schriftstücken aller Art.
24 x 33 cm Mk. 3,50, 25 x 36 cm Mk. 4, 28 x 38 cm Mk. 4,50.
Allein-Verkauf bei **Aug. Weddy, Leipzigerstr. 23.**
Papier- und Contor-Utensilien-Handlung.

Portland-Cement.
Wir empfehlen unter Fabricat Marke **BEAR** unter Garantie unbedingter Vollständigkeit und höchster Festigkeit in veredelter Bindeseite je nach Zweck der Verwendung.
Wernburger Portland-Cement-Fabrik Papschke & Co. in Wernburg a. S.
Beitretter für Hon.-Ver. Wernburg: **Robert Pieske, Halle a. S.**

Fortwährend liegen feine fette Wernburger Landfische zu billigen Preisen zum Verkauf im **Waldhof zur Goldenen Rose, Nannischestraße 20.**
Gebr. Kohlberg.

Winter-Paletots in größter Auswahl von 12—45 Mk. **Moritz Cahn, Gr. Ulrichstraße 4.**

Bür den Anzeigenheft verantwortlich: W. König in Halle. Halle. Druck und Verlag von Otto Henkel. Mit Unterhaltungsblatt und 1 Beiblatt.